

29.04.2009

Mitteilung zu Beschluss-Nummer  
788/2009/1.1

TOP: I. Nachtragssatzung 2009

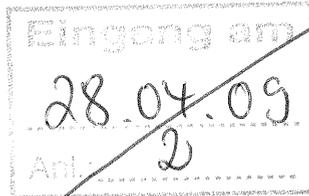
Zur o. g. Beschluss-Nr.

- erhalten Sie weitere Anlagen:  
(Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.04.2009)
- erhalten Sie eine neue Sitzungsvorlage. Diese ist gegen die alte auszutauschen.
- wird mitgeteilt:

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Schulstr. 39 26506 Norden

Stadt Norden  
-Frau Bürgermeisterin Schlag-  
Am Markt 15

26506 Norden



Schulstr. 39  
26506 Norden  
Telefon: 04931 - 4442  
Telefax: 04931 - 167 107  
E-Mail: gruene.norden@t-online.de  
Internet: www.greue-norden.de

*M. Lütkehus*

Norden, den 26. April 2009

**Antrag zum Nachtragshaushalt 2009**  
in der Beratungsfolge Finanzausschuss 11. 5. 2009,  
Rat der Stadt Norden 19. 5. 2009  
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Schlag,

*28.4.09  
Bil / K R BO*

die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN stellt zum Nachtragshaushalt 2009, der in der nächsten Finanzausschusssitzung am 11.5.09 und in der nächsten Ratssitzung am 19.5.09 behandelt werden soll, folgende Anträge:

- 1. Die aus den Haushalten der Vorjahre bisher enthaltenen Haushaltsreste der Haushaltsstelle 6351.95000 „ Verkehrsberuhigung Ekel“ in Höhe von 100.000,- € erneut im Nachtragshaushalt unter dieser Haushaltsstelle auszuweisen und für entsprechende Investitionen zur wirksamen Verkehrsberuhigung des Straßenzuges Ekel Weg / Schulstraße entsprechend der Ziffer 17 der Auflage im Planfeststellungsbeschluss 25.04.2002 in 2009 zu verwenden (Verweis auf Beschluss Nr. 745 /2009/ 1.1 sowie 749/2009/3.3).**
- 2. Im Rahmen des Nachtragshaushaltes 2009 sind die zu erwartenden Steuereinnahmen 2009 beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um 500.000 € und bei der Gewerbesteuer um 300.000 € zu vermindern.**

Begründungen:

Zu Nr. 1:

Bereits in der Ratssitzung vom 3.3.09 haben wir eine entsprechende Forderung zur Vorlage 728/2009/1.1 gestellt. Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Herr Lütkehus, sicherte eine Berücksichtigung im Nachtragshaushalt zu. Daraufhin hat unsere Fraktion dem Haushalt 2009 zugestimmt.

Wir bitten nunmehr diesen Haushaltsrest wieder unter 6351.95000 auszuweisen, da wir im Gegensatz zur Verwaltungsmeinung der Auffassung sind, dass die Auflagen TZ 17 des Planfeststellungsbeschlusses vom 25.4.2002 ( siehe Anlage) nicht vollständig erfüllt sind (es erfolgte durchaus eine konkrete Aufzählung der Maßnahmen in dem Beschluss!) und dass damit dieser Haushaltsrest dafür benötigt werden wird.

Die Tatsache, dass der Ausbau des Ekeler Weges bis zum Heitsweg aufgrund der Schlackenproblematik z. Zt. noch nicht möglich ist, hat die Folge, dass die geforderten Fußwege nicht erstellt werden können und somit eine konkrete Auflage der Bezirksregierung nicht erfüllt ist, dies wiederum hat zur Folge, dass TZ 17 eintritt und somit die Anbindung solange nicht erfolgen darf.

Dies hat aber nicht zur Folge, dass nicht andere Verkehrsberuhigungsmaßnahmen, insbesondere in der Schulstraße nicht durchzuführen sind, denn diese werden in der Auflage ebenso gefordert.

Die zahlreichen Einwander, die sich gegen die Schulstr./Ekeler Weg als Zubringerstraße zur Ortsumgehung gewandt haben, wurden durch die Zusicherung der Bezirksregierung, dass wirksame Vorkehrungen zur Vermeidung einer übermäßigen Belastung durch Gefahren getroffen werden, beruhigt und haben ihre Einwände nicht weiter verfolgt.

Solange nicht sicher ist, dass diese Mittel tatsächlich nicht zur Verkehrsberuhigung, insbesondere auch in der Schulstraße, benötigt werden, sollten die Mittel nicht anderweitig verwendet werden.

Zu Nr. 2:

Durch weitere Regelungen im Rahmen des Konjunkturpaketes II des Bundes wurde die Einkommensteuer gesenkt. Nach Einschätzung des Städtetages beträgt die Auswirkung für die Kommunen rd. 9 € pro Einwohner Minderung des Einkommensteueranteils, dies würde für Norden bei einer Einwohnerzahl von 25280 ca. 230.000 € weniger Einnahmen bedeuten.

Hinzu kommen die Steuermindereinnahmen aufgrund der Pendlerpauschale 2007-2009, die durch das Urteil lt. Information des BMF insgesamt rd. 7,5 Mrd. € betragen.

Der zu erwartende Beschäftigungsrückgang und die übrigen Auswirkungen der Rezession begründen weitere Mindereinnahmen auch für die Kommune. Wir schlagen deshalb insgesamt einen Minderansatz von 500.000 € vor( rd. 10 %). **Ansatz somit Gemeindeanteil an der Einkommensteuer = 4.690.000 €.**

Auch die Höhe der voraussichtlichen **Gewerbesteuereinnahmen** ist niedriger zu veranschlagen. Hier ist z.B die gekündigte Zerlegungsvereinbarung Sparkasse Aurich-Norden zu nennen, die neben den Auswirkungen der Rezession konkrete Mindereinnahmen bedeutet. Wir schlagen hier eine **Reduzierung um 300.000 € auf 5 Mio. € vor.**

Mit freundlichen Grüßen

Karin Albers



(Mitglied im Finanzausschuss für BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN )